

auch gegenüber der Öffentlichkeit immer ausdrücklicher auf der formal zutreffenden Sicht, nach der eine Ablehnung des europäischen Statuts die Verlängerung des Status quo ante, keinesfalls aber eine Veränderung der völkerrechtlichen Situation zur Folge haben würde. Diese wenig hilfreiche und außerdem nur schwer zu vermittelnde Position wurde erst nach dem Referendum aufgegeben, dann aber überraschend schnell und deutlich. Schon unmittelbar nach der Verkündung des Abstimmungsergebnisses, welches mit einer Mehrheit von zwei Dritteln gegen das Statut ausgefallen war, rückte die französische Regierung von den meisten Grundlinien ihrer bisherigen Saarpolitik ab und sagte ihre Bereitschaft zu neuen Verhandlungen zu. Diese konnten nach Lage der Dinge für das Saarland kaum anders enden als mit der Aufhebung der Wirtschaftsunion, der Aufgabe der Teilautonomie und der Eingliederung in die Bundesrepublik.

### *Die französische Saarpolitik nach dem 23. Oktober 1955*

Trotz ihrer auch öffentlich bekundeten Bereitschaft, dem Mehrheitswillen der saarländischen Bevölkerung stattzugeben, vermieden die französischen Protagonisten in den Monaten nach dem Referendum eine klare Aussage über ihre künftige Saarpolitik.<sup>27</sup> Zwar wurde die grundsätzliche Bereitschaft zu neuen Verhandlungen auch in internen Unterredungen mit den Bonner Gesprächspartnern signalisiert, doch vermied die französische Regierung eine inhaltliche Präzisierung ihrer Erwartungen vor den Neuwahlen zur französischen Nationalversammlung im Januar 1956. Eine eindeutige politische Stellungnahme schien zunächst auch nicht unbedingt notwendig, da sich das innenpolitische Klima an der Saar nach dem Referendum entspannte und sich die CVP bei den Landtagswahlen am 18. Dezember 1955 weitgehend stabilisieren konnte.

Auf der fachlichen Ebene innerhalb und zwischen den Pariser Ministerien setzten dagegen schon unmittelbar nach dem Referendum hektische Aktivitäten ein. Die möglichen Auswirkungen des Abstimmungsergebnisses wurden ebenso intensiv und kontrovers diskutiert wie die Chancen und Risiken einer neu definierten Saarpolitik.<sup>28</sup> Umfassende Konzepte für künftige – vor allem wirtschaftspolitische – Regelungen wurden dabei nicht erarbeitet, was sicherlich nicht zuletzt auch auf die von politischer Seite gebotene Zurückhaltung zurückzuführen war. Allerdings zeichnete sich bereits Ende 1955 eine – mit einer Vielzahl von Sachargumenten und politischen Stellungnahmen untermauerte – defensive Verhandlungsstrategie ab, die auf eine weitestmögliche Verteidigung eigener Interessen abzielte.

Daraus ergab sich jene charakteristische Haltung, welche die französische Seite bei den ab Februar 1956 geführten Verhandlungen über die Lösung der Saarfrage an den Tag legte. Die bereits erklärte Zustimmung zu einer Eingliederung des Saar-

---

<sup>27</sup> Vgl. Quelle Nr. 87.

<sup>28</sup> Vgl. Quelle Nr. 89.